

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Zugangspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkontonummer Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigen-
teile 400 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 M.,
unter Eingangsfrist 1000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Redaktionsblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesversicherungsanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabrechnung
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 119

Freitag, 25. Mai

1923

Eine neue Anklagerede Poincarés.

Die Aussprache über die Ruhrkredite in der französischen Kammer.

Paris, 24. Mai.

Die Kammer setzte heute die Beratung über die Kredite für die Ruhrbesetzung fort. Der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol stellte fest, alle Alliierten hätten aus Anlaß der Pariser Konferenz die Notwendigkeit anerkannt, Deutschland ein Moratorium zu bewilligen. Nur über die Form habe keine Einigung erzielt werden können. Poincaré rief das zu: Wir waren nicht einig über die effektiven Garantien, die man von Deutschland fordern sollte. Auriol ging alsdann auf den Verlauf der Pariser Januar-Konferenz ein. Weder die Alliierten noch Frankreich selbst hätten von Deutschland Pfänder verlangt; denn es sei ja in diesem Sinne kein Ultimatum gestellt worden. Nicht einmal das von Deutschland geforderte Moratorium sei von der Konferenz geprüft worden, noch habe die Konferenz Bergmann gehört. Poincaré unterbrach wieder und erklärte: Deutschland habe der Konferenz kein Ersuchen über ein Moratorium unterbreitet. Was die angeblichen Vorschläge Bergmanns betraf, so habe Bergmann tatsächlich verlangt, von den Alliierten während der Pariser Konferenz gehört zu werden. Es wurde ihm geantwortet, daß man eine Antwort erteilen werde, wenn sich die Alliierten über eine gewisse Anzahl von Punkten geeinigt hätten. Da diese Einigung nicht zustande gekommen sei, sei es nicht notwendig gewesen, Bergmann anzuhören. Auriol sprach sodann über die verschiedenen Phasen der Ruhrbesetzung. Der Ministerpräsident habe behauptet, die französische Regierung sei auf den deutschen Widerstand gefaßt gewesen und habe deshalb die erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Auriol wurde verschiedentlich von der Rechten unterbrochen, was energischen Protest der Sozialisten hervorrief. Der Abgeordnete ging dann näher auf die Besatzungsfragen ein und suchte den Beweis zu erbringen, daß die Besetzung nicht produktiv sei, sondern im Gegenteil drückend wirke. Außerdem habe sie sehr ernste Nachwirkungen auf die wirtschaftliche Lage ausgeübt. Frankreich sei gezwungen worden, Kohlen in England zu kaufen, das ein Steigen des Sterblings und ein Sinken des Franken hervorrief, also zur Verteuerung der Lebenshaltung beitrug und außerdem auch eine Störung der Wirtschaft zur Folge hatte. Poincaré rief das zu: Es fragt sich, ob infolge der Ruhrbesetzung Auriol sehr fort: Er sei überzeugt, daß dies der Fall sei. Man schaffe dies nicht dadurch, daß man es ablehne, aus der Welt. Man komme, wenn man immer mehr ausgehen müsse, um die Besetzung durchzuführen, schließlich sicher dahin, Deutschland zu ruinieren. Aber mit diesem Ruin würden alle Hoffnungen auf Reparationen für Frankreich vernichtet werden. Deutschland müsse bezahlen, aber wenn es ruiniert sei, dann könne man nicht mehr die Hand auf die ausländischen Devisen legen. Denn dann seien diese schon lange nach neutralen Banken und vielleicht sogar nach alliierten Banken abgetvandert. Deshalb haben die Sozialdemokratie in Genf versucht, eine internationale Bankkontrolle zu schaffen. Wenn die Alliierten eine Politik der Verständigung und des Einigensommens betreiben würden, dann würde man wenigstens einen Teil dessen einfahren können, was Deutschland Frankreich schulde. Durch die gegenseitige Politik vergrößere man aber nur den Haß. Man könne wohl den passiven Widerstand brechen, aber niemals die Geißel beseitigen. Der Abg. Taponnier rief: Es sei fast handlos und schändlich, daß derartige Dinge auf der Tribüne der französischen Kammer gesagt würden. Die Sozialisten protestierten dagegen, sobald der Kammerpräsident eingreifen mußte. Ein Sozialist nannte Taponnier einen Idioten und forderte ihn mit einer Handbewegung auf, sich mit ihm in die Wandergänge zu begeben. Taponnier wurde zweimal zur Ordnung gerufen und schweig abdam. Auriol fuhr fort: Als die Sozialisten im Jahre 1919 auf die Fehler des Friedensvertrages hingewiesen hätten,

seien sie in gleicher Weise wie jetzt beleidigt worden, aber die Tatsachen hätten ihnen recht gegeben.
Nach Auriol ergreife Poincaré das Wort und führe u. a. aus: Die Summen des Friedensvertrages von Versailles bildeten ein Minimum, unter das man gezwungen nicht heranzugehen könne. Der Ministerpräsident erinnere daran, wie Deutschland ein Moratorium verlangt habe und sagte: Frankreich habe kein Moratorium für 3 Jahre bewilligen können, weil es gewagt habe, daß die bewaffneten Formationen und geheimen Organisationen in Deutschland vermehrt und daß die Alliierten nach drei Jahren auf noch größeren schlechten Willen Deutschlands gestoßen wären. Die Reparationskommission sei unter diesen Umständen gezwungen gewesen, die Verzinsungen Deutschlands festzusetzen. Frankreich hätte es vorgezogen, daß die Aktion im Ruhrgebiet von allen Alliierten angenommen worden wäre. Poincaré dankte hierauf den Belgieren und Italienern, sollte der Haltung Konrad Lohs Anerkennung und Begrüßung den neuen englischen Premierminister. England habe jedoch keine Abänderung in Deutschland den Gläubigern versichert, daß unter den Alliierten ein solcher Punkt festzustellen wäre. Da England abweisend war, habe Deutschland das organisiert, was es kräftigsterweise den passiven Widerstand nennt. Nichts sei lägerhafter als die deutsche Behauptung, die Bevölkerung habe sich geweigert, mit Frankreich zusammenzuarbeiten. Die von Auriol verlangte Zusammenarbeit zwischen der deutschen Bevölkerung und den alliierten Behörden hätte durchgeführt werden können, wenn nicht der Befehl von Berlin gekommen wäre, diese Zusammenarbeit zu verhindern. Frankreich habe jedoch Maßnahmen ergriffen, um seinen Anteil an Kohlen und Holz sicherzustellen, wie auch die Haltung der Deutschen sei. Man habe eine tägliche Ankauf von 10 000 Tonnen Kohlen zu verzeichnen.
Die Kohlenversorgung Frankreichs ist gefährdet. Auch die Lage der Holzversorgung beseitigt sich täglich. Man hat genügend, um dem Bedarf gerecht zu werden. Frankreich hat es leidetweilig nötig, die Ruhrbesetzung aufzugeben, und kann warten, bis die Deutschen wieder zur Besinnung kommen. Die Menge gefaltete sich übrigens mehr und mehr produktiv. Frankreich könne die für Deutschland unvermeidliche Stunde des Nachgebens durch neue Zwangsmaßnahmen beschleunigen. Er wolle Deutschland diese Maßnahmen verhandeln, wenn er entschlossen sei, sie zu ergreifen, aber nicht im voraus von ihnen sprechen. Die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen seien nicht nur im Interesse Frankreichs, sondern auch in dem seiner Alliierten und der Neutralen, namentlich Hollands und der Schweiz, begriffen worden.
Wir sind in das Ruhrgebiet einmarschiert und werden nur nach Aufgabe und im Verhältnis der deutschen Zahlungen wieder hinausgehen. Es hängt von den Deutschen ab, die Räumung zu beschleunigen, indem sie zahlen, namentlich dadurch, daß sie Anleihen abschließen und Ordnung in ihren Haushaltsplan bringen. Das ist die von Frankreich im Jahre 1921 loyal durchgeführte Methode.
Poincaré erinnert alsdann an die letzten deutschen Vorschläge. Frankreich könne keiner Verzögerung seiner Forderungen aus Grund der Schachschnecke C, A und B bewilligen und werde nur auf die Schachschnecke C je nach der Annulierung der internationalen Schulden verzichten. Frankreich sei entschlossen, die restlose Einziehung seiner Forderungen zu betreiben. Da die Alliierten den Wunsch hätten, die Lasten Deutschlands zu vermindern, sei es ein glückliches Mittel, dies dadurch herbeizuführen, daß die Alliierten

ihre Forderungen auf die Einziehung ihrer Forderungen an Frankreich verzichteten. Frankreich könne aber keine Abänderung des Londoner Zahlungsplanes zulassen, den alle Alliierten unterzeichnet hätten. Frankreich habe in seiner Antwort auf die ungenügende deutsche Note seinen Standpunkt dahin präzisieren wollen, daß es mit Deutschland nicht verhandeln würde, wenn Deutschland den Widerstand nicht aufgäbe, der nicht passiv, sondern im Gegenteil aktiv sei und Sabotage und Verbrechen organisiere. Außerdem hätte Frankreich Deutschland erwidern müssen, daß es dem Versäcker Vertrage widerspreche, wenn es die Pfandnahme als eine feindselige Handlung betrachte. Frankreich habe Deutschland sagen wollen, daß sein Widerstand illegitim sei.
Wenn Deutschland nicht nachgibt, so werden wir nur von unseren Rechten und von unserem Hass die Ausführung des Vertrages erwarten. Deutschland kann seinen Widerstand nur fortsetzen, wenn es einer wirklichen Katastrophe entgegengehen will. Dies wünscht Frankreich nicht. Aber wenn Deutschland sie beschließen sollte, so wird Frankreich da, wo es nicht ruht, seine Wiederherstellung erwarten.
Wir wissen, daß sie nicht lange auf sich warten lassen wird. Denn glücklicherweise besitzt Deutschland eine große Kreditfähigkeit und eine große Produktionskraft. Alles, was wir von ihm verlangen, ist nur, daß es sie nicht ausschließlich zu seinem Nutzen verwende und daß es sich nicht von seinen Schulden löse. Die uns drohende und unangenehmste Zukunft, werden entweder von Lügneren getrieben oder von Selbstverleugern. Wenn wir in das Ruhrgebiet einmarschiert sind, haben wir es getan, um nicht und in Deutschland für alle Zeiten festzusetzen, noch um eine Verzinsung zu ermöglichen, die nicht unsere Sprache spricht und nicht unsere Werte ist. Wir sind einmarschiert, wie die Deutschen 1870 bis 1873 in Frankreich einmarschiert waren, um bezahlt zu werden.
Nach dem Ministerpräsidenten sprach der sozialistische Abgeordnete Lebas. Darauf wurde die Debatte auf Freitag verlagert.

Demission des französischen Kabinetts.

Paris, 24. Mai.

Der als Staatsgerichtshof heute nachmittags zusammengetretene Senat hat sich nach 3 1/2 stündiger Beratung in Sachen der kommunistischen Abgeordneten Cahin und Genouin für unabhängig erklärt. Der Beschluß wurde mit 20 Stimmen Mehrheit gefaßt. Der Ministerpräsident Poincaré verließ daraufhin auf 8 Uhr abends ein Kabinettsrat ein. Um 1/2 Uhr begab sich das Kabinet ins Ellysée und reichte eine Demission ein mit der Begründung, daß es den Beschluß des Senats als ein Nichtanerkennen ansehe, durch das die Regierung außer Stand gesetzt werde, der kommunistischen Nachschüssen Herr zu werden. Wie gehabt mittelst, hat der Präsident der Republik sich geweigert, die Demission des Kabinetts anzunehmen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Das neue britische Kabinet.

London, 24. Mai.

Das neue Kabinet wird sich am Montag nachmittags dem Unterhaus vorstellen. Es ist, wie der „Evening Standard“ schreibt, das gleiche Kabinet, das unter Lord Curzon amtiert hat. Das Kabinet die Ministerliste der Abendblätter zu beschließen, die vorher Baldwin und Curzon folgende Namen enthalten werde: Lord Curzon, Lordpräsident des Rates; Lord Croke, Lordkanzler; Lord Curzon, Minister des Innern; Lord Chamberlain, Minister ohne Portefeuille; Lord Robert Cecil, Minister für das Herzogtum

Connaught; Viscount Peel, Staatssekretär für Indien; Herzog von Devonshire, Staatssekretär für die Kolonien; Lord Derby, Kriegsminister; Neville Chamberlain, Gesundheitsminister; Sir Douglas Hogg, Attorney-General; Sir T. Inskip, Solicitor-General; Sir Philip Lloyd-Greame, Präsident des Handelsministeriums; Sir W. A. Sanders, Minister für Landwirtschaft; Colonel Wood, Erziehungsminister; Sir Montague Cholmondeley, Arbeitsminister.
Die Minister, die dem Kufe Baldwin gefolgt sind, haben heute bereits eine Sitzung unter dem Vorsitz Baldwins in Downingstreet abgehalten. Die Besetzung des Schatzkanzlerpostens war bis heute abend noch nicht erfolgt. In unterrichteten Kreisen hält man es für möglich, daß Baldwin das Schatzkanzleramt selbst behalten werde, bis das von ihm aufgestellte Kabinet durchgebracht sei, sodann dann Sir Robert Horne imstande sein werde, ihn als Schatzkanzler abzulösen. Obgleich das Schatzkanzleramt noch unbefestigt ist, kann die Kabinetbildung als vollzogen betrachtet werden. Die Ministerliste wird dem König, der morgen von Abershot zurückkehrt, im Laufe des Freitags zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Rettung der ungarischen Krone

Paris, 24. Mai.

Die Reparationskommission hat gestern auf das Ersuchen Ungarns hin, die Privilegien der Alliierten auf die ungarischen Staatseinnahmen anzuhängen, um auf diese Weise die Sanierung der ungarischen Finanzen zu ermöglichen, den Beschluß gefaßt, die zeitweilige Aufhebung des Privilegs zu gestatten, aber diese Bergütigung nur in bestimmten Fällen zu gewähren, da die Reparationskommission unentgeltliche Garantien und Kontrollmittel geboten werden müßten. Es soll eine besondere Kommission zum Studium der ungarischen Finanzlage noch ernannt werden. Es wird angenommen, daß Ungarn nunmehr eine Anleihe von fünfzig Millionen Schweizer Franken erhalten wird, was genügen dürfte, um die ungarische Krone ebenso zu stabilisieren, wie es bezüglich der österreichischen Krone bereits gelungen ist. Gemeinlich der Stabilisierungsplan als durchführbar, so wird das auch für die politische Entwicklung Ungarns nicht ohne Folgen bleiben; denn die Entente, insbesondere Frankreich, dürfte ihre Zustimmung nicht bedingungslos gegeben haben. Man glaubt vielmehr in Ungarn selbst, daß die Folge der Anleihegewährung ein neuer politischer Kurs in Budapest sein wird, und daß durch unbefristet vorgenommene Reformen die politische Führung Ungarns sehr bald in andere Hände übergehen könnte.

Der Frauenstimmrechtskongress in Rom.

Rom, 24. Mai.

Der 9. Kongress der Internationalen Frauenstimmrechtsvereinigung in Rom wählte die Engländerin Corbett Kibby zur Vorsitzenden. Der Kongress, der die Delegierten von 43 Ländern vereinte, zählte unter seinen zahlreichen Besuchern eine Anzahl von Parlamentarierinnen, Regierungsbeauftragten, Vertreterinnen des Völkerbundesekretariats und Frauen aller Kontinente. Deutschland war durch die Reichstagsabgeordnete Adèle Schreiber-Reiseger vertreten. Der Kongress konnte während seiner Tagung Vertreter von dreizehn neuen Ländern aufnehmen, darunter Indien, das bereits das Frauenstimmrecht besitzt, Japan, Ägypten, Persien, Neuseeland, Spanien und Rumänien. Für Italien gab Mussolini die Zusage, daß die italienische Regierung die politische Gleichstellung der Frauen mit der Einführung des Gemeindefrauenrechts einleiten werde. Die Italienerinnen wären dann die ersten Frauen der lateinischen Rasse, die ein Stimmrecht erhielten. Die wichtigsten vom Kongress angenommenen Forderungen und Entschlüsse betrafen das Recht der Frau auf Arbeit und den Anspruch